

Europäische Parteien

Johanna Schmidt-Jevtić

Die Rechtsgrundlage für Europäische Parteien ist zum einen im Primärrecht der EU (Artikel 191 EGV) verankert. Zum anderen wurde im Sekundärrecht durch die Verabschiedung des Parteienstatuts¹ die finanzielle Eigenständigkeit Europäischer Parteien und ihre Unabhängigkeit von den Fraktionen sichergestellt. Neben den traditionellen Parteien – EVP, SPE, ELDR, EGP und EFA – sind folgende Parteien seit 2004 auf europäischer Ebene anerkannt: Europäische Demokratische Partei (EDP), Allianz für ein Europa der Nationen (AEN) und Partei der Europäischen Linke (EL). Im Jahre 2006 kamen die EU-Demokraten (EU-Dem) und die Allianz der Unabhängigen Demokraten (ADI) hinzu.

Die Debatte um die Zukunft des Lissaboner Reformvertrags war ein bestimmendes Thema der Parteien. Alle großen europäischen Parteien sprachen sich für den Fortgang des Ratifizierungsprozesses des Lissaboner Vertrags aus. Parteienübergreifend wurde die politische Agenda des vergangenen Jahres neben der EU-Verfassung von den Themenkomplexen Klimawandel, Energiesicherheit und der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Krise dominiert. Zudem begannen die Parteien mit den Vorbereitungen für die Wahl des Europäischen Parlaments im Jahre 2009. Ein wichtiger Impuls für die Stärkung der politischen Rolle der europäischen Parteien und einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit ist die Änderung des Parteistatus, die zum 1. Januar 2008 in Kraft trat.

Regelungen und Finanzierung für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen

Den im Dezember 2007 vorgenommenen Anpassungen und Aktualisierungen des Parteistatus gingen mehrere Reformimpulse voran. Dem Bericht des Europäischen Parlaments vom März 2006² sind konkrete Reformvorschläge zu entnehmen, wie die politische Rolle der Europäischen Parteien gestärkt werden könnte. Allerdings hat die Kommission erst im Juni 2007 einen Vorschlag zur Änderung der Regelungen über die Politischen Parteien und deren Finanzierung vorgelegt.³ Im Dezember 2007 kam es zu der von den Parteien erhofften Änderung des Parteienstatuts.⁴ Die reformierten Regelungen schaffen nicht nur eine verbesserte Grundlage für die Finanzierung der Parteien aus EU-Haushaltsmitteln, sondern ermöglichen unter anderem mehr Flexibilität hinsichtlich der Übertragbarkeit von Haus-

1 Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.11.2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene

2 Entschließung des Europäischen Parlaments zu Europäischen Politischen Parteien (2005/2224 (INI) vom 23.03.2006

3 Kommission der europäischen Gemeinschaften: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung, KOM(2007) 364 endgültig vom 27. Juni 2007 (2007/0130 (COD).

4 Verordnung (EG) Nr. 1524/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 Zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung.

haltsmitteln auf das Folgejahr, die Möglichkeit Rücklagen zu bilden sowie die Möglichkeit zur Nutzung von Mitteln des EU-Haushalts für Wahlkampagnen zur Wahl des Europaparlaments.

Zudem wird die finanzielle Förderung von politischen Stiftungen auf europäischer Ebene festgelegt. Desweiteren werden den Parteien auch Regeln für ihre Bilanzen auferlegt. So müssen Parteien und Stiftungen Auskunft über ihre Finanzierungsquellen geben. Sie müssen ein Verzeichnis vorlegen, in dem die Spender und ihre jeweiligen Spenden aufgeführt sind. Spenden über 12.000 Euro pro Jahr von jeweils einem Spender sind nicht erlaubt. Nicht angenommen werden dürfen anonyme Spenden, Spenden aus dem Budget einer Fraktion des Europäischen Parlaments sowie Spenden von Unternehmen, auf die die öffentliche Hand unmittelbar oder mittelbar einen herrschenden Einfluss ausüben kann.

Grundsätzlich wird in der neuen Verordnung festgeschrieben, dass politische Parteien auf europäischer Ebene die Mittel, die sie aus dem EU-Haushalt erhalten, auch zur Finanzierung von Kampagnen im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europaparlament verwenden dürfen. So soll der europäische Charakter der Wahlen zum EP stärker hervorgehoben und gefördert werden. Allerdings darf mit diesen Geldern keine unmittelbare oder mittelbare Finanzierung von nationalen politischen Parteien oder deren Kandidaten erfolgen.

Die Vorschriften zur Parteienfinanzierung werden flexibler: Erstens sollen die europäischen politischen Parteien die Möglichkeit erhalten, 25 Prozent ihrer gesamten Jahreseinkünfte auf das erste Quartal des Folgejahres zu übertragen. Die Parteien sollen so auf veränderte politische Gegebenheiten und Prioritäten, die bei der Aufstellung des jährlichen Etats und der Arbeitsprogramme der Parteien kaum absehbar sind, besser reagieren können.

Zweitens soll es gestattet sein, aus dem, was sie über ihren jetzt verringerten Eigenanteil von 15 Prozent hinaus an Mitteln generieren, Rücklagen zu bilden. Im Interesse einer ausgewogenen Finanzierung sollen die Parteien Rücklagen von bis zu 100 Prozent ihrer durchschnittlichen jährlichen Einkünfte bilden dürfen. Bei darüber hinausgehenden Einkünften wird der Anteil der künftigen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln entsprechend gekürzt. Die neuen Bestimmungen gelten für Finanzhilfen, die den europäischen politischen Parteien ab dem Geschäftsjahr 2008 gewährt werden.

Das Budget für die Finanzierung der Europäischen Parteien betrug 2007 10,1 Millionen, 2008 erhöhte sich diese Summe auf 10,6 Millionen.⁵

Politische Stiftungen auf Europäischer Ebene

Auf Initiative von Jo Leinen, Mitglied des Ausschusses für Konstitutionelle Fragen des EP und bei den Themen Parteienstatut und -finanzierung seit Jahren sehr aktiv, hat das Europäische Parlament die Studie „European Political Foundations: Prospects and Objectives“ veröffentlicht, die sich mit politischen Stiftungen auf Europäischer Ebene beschäftigt. Hintergrund der Publikation ist ein Parlamentsbeschluss vom 29. November 2007, der die Einrichtung von Parteistiftungen auf Ebene der EU ermöglicht. Die Europäischen Stiftungen sollen „die Vernetzung der Parteien in Europa fördern und die europäischen Bürgerinnen und Bürger besser über die europäischen Themen informieren.“

5 Die jeweilige Verteilung der finanziellen Zuwendungen der letzten Jahre an die Parteien auf europäischer Ebene siehe unter http://www.europarl.de/service/faq/europaeische_Parteien.html.

Noch vor der rechtlichen Verankerung der Stiftungen wurde in der Erwartung des in Gang gekommenen Verfahrens auf Initiative des EP im EU-Haushalt 2007 die Haushaltslinie „Pilotprojekt Europäische politische Stiftungen“⁶ eingerichtet, um die Entwicklung und die Arbeit europäischer politischer Stiftungen zu fördern.⁷ Diese Initiative stand im Zusammenhang mit dem Vorhaben, im Rahmen der Überarbeitung der Verordnung (EG) 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene, ein dauerhaftes Finanzierungsinstrument für europäische Stiftungen zu schaffen. Das erstrebte Ziel war es das neue System rechtzeitig vor dem Wahlkampf zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 einzuführen. Alle zehn Parteien haben Ende 2007 im Rahmen eines von der Europäischen Kommission finanzierten Pilotprojekts Stiftungen auf europäischer Ebene gegründet.

Das Parteienstatut enthält konkrete Aufgabenzuweisungen, die eine Stiftung auf europäischer Ebene erfüllen sollte. Zum einen sind die Stiftungen Einrichtungen, die einer politischen Partei auf europäischer Ebene angeschlossen sind und durch ihre Arbeit die Ziele dieser politischen Partei auf europäischer Ebene unterstützen. Dabei sollten nach den Regelungen die Stiftungen folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Beobachtung, Analyse und Bereicherung von Diskussionen über Themen der europäischen Politik und den Prozess der europäischen Integration
- Entwicklung von Tätigkeiten in Verbindung mit europapolitischen Themen wie z.B. die Durchführung oder Unterstützung von Seminaren, Fortbildungsmaßnahmen, Konferenzen und Studien zu diesen Themen unter Mitwirkung einschlägiger Akteure einschließlich Jugendorganisationen und sonstiger Vertreter der Zivilgesellschaft
- Entwicklung der Zusammenarbeit mit gleichartigen Einrichtungen, um die Demokratie zu fördern
- Schaffung einer Plattform für die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene von nationalen politischen Stiftungen, Wissenschaftlern und anderen einschlägigen Akteuren

Die einer politischen Stiftung auf europäischer Ebene zugewiesenen Mittel dürfen ausschließlich zur Finanzierung der Arbeit der Stiftung und keinesfalls zur Finanzierung von Wahlkämpfen verwendet werden. Die Mittel, die politische Stiftungen auf europäischer Ebene aus dem EU-Haushalt erhalten, dürfen auch nicht der unmittelbaren oder mittelbaren Finanzierung von politischen Parteien auf europäischer oder nationaler Ebene oder von Stiftungen auf nationaler Ebene dienen.

Für ihre Stiftungen auf europäischer Ebene erhalten die insgesamt zehn politischen Parteien im Jahre 2008 fünf Millionen Euro, die vom Europäischen Parlament verwaltet werden. Kommissionsvizepräsidentin Margot Wallström erklärte: „Die europäischen politischen Stiftungen werden durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an einem kontinuierlichen, echten und fundierten Dialog eine wichtige Rolle spielen.“⁸

Europäische Volkspartei – EVP

Die EVP umfasst inzwischen 48 christdemokratische, konservative und andere Mitte-Rechts-Parteien als Mitgliedsparteien sowie acht assoziierte und 19 Parteien mit Beobach-

6 Der Vorschlag für dieses Pilotprojekt erfolgte gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr.1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der EG (ABl. L 248 vom 16.09.2002, S.1)

7 Generaldirektion Bildung und Kultur, Europäische politische Stiftungen, Pilotprojekt, GD EAC/29/2007.

8 Presseerklärung Nr. IP/07/1953 vom 18.12.2007, unter www.europe.eu/rapid/pressReleasesAction.do

tungsrecht aus 38 Ländern. Im Europäischen Parlament (EP) bildet die EVP zusammen mit den Europäischen Demokraten die größte Fraktion: der EVP-ED-Fraktion gehören 288 Abgeordnete aus allen EU-Mitgliedsstaaten an. Die politische Bedeutung der größten europäischen politischen Partei zeigt sich auch in den anderen europäischen Institutionen: der Kommissionspräsident Barroso sowie acht Kommissare sind Vertreter von Mitgliedsparteien der EVP. Seit Januar 2007 ist Hans Gert Pöttering, der langjährige Fraktionsvorsitzende der EVP-ED-Fraktion (1999-2007), EP-Präsident. Zudem stammen 13 europäische Staats- und Regierungschefs aus den Reihen der konservativen Europäischen Volkspartei. Neuester Zuwachs ist Donald Tusk (Bürgerliche Plattform – PO), der seit November 2007 das Amt des polnischen Ministerpräsidenten innehat. Vorsitzender der EVP ist Wilfried Martens (CD&V).

Auf dem außerordentlichen Kongress am 18. Oktober 2007 in Lissabon haben die führenden Parteifunktionäre der EVP mit Nachdruck für die Annahme des Reformvertrags von Lissabon geworben, in der Form wie er der während der deutschen Präsidentschaft präsentiert worden ist. Im Februar 2008 hat die EVP einen Gipfel in Madrid abgehalten, der sich einem für die Partei neuem Thema widmete: dem Kampf gegen den Klimawandel.⁹ Neben dem traditionellen Wunsch nach Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Wachstumskräfte in der EU, befasste sich die konservative Europapartei zudem mit dem demographischen Wandel in den europäischen Staaten und erarbeitete Lösungen für eine alternde Gesellschaft.¹⁰ Zudem befasste sich die EVP auf ihrem Treffen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs im März 2008 in Brüssel mit den Effekten der sich abzeichneten Krise der Finanzmärkte auf das europäische Bankensystem.

Sozialdemokratische Partei Europas – SPE

Die SPE ist die Dachorganisation von 33 Mitgliedsparteien,¹¹ sechs assoziierten Parteien und sieben Parteien mit Beobachterstatus. Poul Nyrup Rasmussen (SD, Dänemark) ist seit seiner Wiederwahl auf dem 7. Kongress am 7.-8. Dezember 2006 in Porto Vorsitzender der SPE. Innerhalb der europäischen Institutionen nimmt die SPE die Position der zweitstärksten Kraft ein: Sie stellt 213 Abgeordnete, sieben Kommissare sowie in acht EU-Mitgliedsstaaten die Staats- und Regierungschefs.

Auf dem Treffen des SPE-Councils vom 22.-23. November 2007 in Sofia fanden sich mehr als 150 Delegierte der SPE-Mitgliederparteien ein. Die im Dezember 2005 angestoßene Debatte unter den SPE-Mitgliedsparteien über die Modernisierung der europäischen Wohlfahrtssysteme schlug sich in den in Sofia verabschiedeten Resolutionen nieder. Im Hinblick auf die Wahl zum Europäischen Parlament 2009 wurden die programmativen Schwerpunkte beschlossen. Unter dem Titel „Unsere Vision: Der neue Horizont für Europa – Juni 2009“ skizziert die SPE ihr Wahlprogramm. Zu den zukünftigen Herausforderungen zählen der Klimawandel, die der Erhalt einer sozialen Marktwirtschaft sowie die Förderung eines nachhaltigen Friedens.¹² Die angestrebte bessere Koordination der

9 Siehe Resolutionen unter www.epp.eu.

10 Siehe Resoultionen des Politischen Büros unter www.epp.eu.

11 Die Suspendierung der Mitgliedschaft der von dem slowakischen Premierminister Robert Fico geführten Smer vom 12.10.2006 wurde im Februar 2008 aufgehoben, obwohl die Koalitionsregierung mit der extremen Nationalpartei (SNS) von Jan Slota nach wie vor besteht. Siehe Resolution http://www.pes.org/downloads/PES_resolution_on_SMER_EN.pdf.

12 www.pes.org.

sozialdemokratischen und sozialistischen Mitgliedsparteien schlug sich in regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs vor den EU-Gipfeln nieder. Am 18. Oktober 2007 hat der Vorsitzende Rasmussen nochmals die Position der SPE verdeutlicht, sowohl an den sozialen und wirtschaftlichen Zielen der Lissabon-Agenda Reformen festzuhalten als auch die Ratifizierung des Lissaboner Vertrags zu begrüßen.¹³

Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei – ELDR

Die ELDR umfasst 51 Mitgliedsparteien. Auf dem 28. Kongress der ELDR, der vom 18. bis 19. Oktober 2007 in Berlin stattfand ist Annemie Neyts-Uyttebroeck (VLD, Belgien) zur Vorsitzenden wiedergewählt worden. Seit der Europawahl 2004 bildet die ELDR zusammen mit der EDP (Europäische Demokratische Partei) die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), die mit 100 Abgeordneten die drittstärkste Kraft des EP stellt.

In der Resolution „Ein liberales Europa in einer freien Welt“, die auf dem Kongress im Oktober 2007 in Berlin verabschiedet wurde, beansprucht die ELDR eine führende Rolle in folgenden drei Politikbereichen: Innovationspolitik und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte sowie im Kampf gegen den Klimawandel.¹⁴ Die Führung der ELDR begrüßte ausdrücklich die neuen Regelungen für die europäischen politischen Parteien.¹⁵ Diese würden dem zentralen Ziel der ELDR, die EU insgesamt politischer zu machen und den Menschen näher zu bringen, sehr entgegen kommen. Falls die Regelung des Lissaboner Vertrags in Kraft tritt, aufgrund der der nächste Präsident der Kommission im Parlament gewählt werden soll, wollen die liberalen Mitgliedsparteien einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen.¹⁶

Europäische Grüne Partei – EGP

Die EGP ist ein Parteienzusammenschluss aus 35 Mitgliedsparteien aus 31 Ländern und wird von zwei Co-Sprechern angeführt: Philippe Lambert (Ecolo, Belgien) und Ulrike Lunacek (Grüne, Österreich). Traditionell treten die Grünen für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung, für eine Stärkung der Bürgerrechte und einen friedensichernde Sicherheitspolitik ein. Zudem befassten sich die Grünen aktuell mit dem Klimawandel und der Migrationspolitik der EU. Im vergangenen Jahr kamen am 9.-10. November 2007 über 200 Delegierte der grünen Mitgliedsparteien auf einer Konferenz in Rom zusammen, die dem Thema der Energiepolitik gewidmet war.¹⁷ Für die Wahl 2009 planen die Grünen wieder eine gemeinsame Kandidatenliste.

Andere Europäische Parteien

Die Europäische Freie Allianz vertritt ethnische und regionale Parteien aus 19 Mitgliedsländern der Europäischen Union und konnte einen Zuwachs auf 37 Mitgliedsparteien verzeichnen. Langjährige Präsidentin ist Nelly Maes (Spirit, Belgien).¹⁸ Die fünf Abgeord-

13 Siehe „PES Prime Ministers back new treaty“, www.pes.org.

14 Siehe: www.eldr.org.

15 Siehe Pressemitteilung vom 28. Juni 2007 „ELDR is fully satisfied with the new regulation on political parties“, www.eldr.org.

16 Vgl. Resolution „Presidency of the Commission“, 19. Oktober 2007, www.eldr.org.

17 „World Energy Solutions: switch to green power“, www.greens-efa.org.

18 www.e-f-a.org.

neten der EFA bilden zusammen mit den Grünen eine Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Europäische Demokratische Partei (EDP) hatte ihren Gründungskongress am 9. Dezember 2004 und ist ein Zusammenschluss kleinerer liberaler Parteien. Zur Zeit vereint sie sieben Parteien und stellt 25 Abgeordnete der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament. Die EDP versteht sich als europäische Zentrumspartei, die sich für eine Vertiefung der europäischen Integration einsetzt.

Die Allianz für ein Europa der Nationen (AEN) ist ein eurokeptisches Bündnis und vereint 18 Mitgliedsparteien, die dem populistischen und nationalkonservativen politischen Lager anzurechnen sind. Die 30 Abgeordneten im europäischen Parlament der AEN sind Teil der UEN (Union für ein Europa der Nationen)-Fraktion.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) ist Teil der GUE/NGL-Fraktion (41 Abgeordnete) und besteht aus 19 kommunistischen und sozialistischen Mitgliedsparteien und zehn Beobachterparteien.

Die EU-Demokraten sind ein Zusammenschluss aus fünf Parteien, vier Organisationen aus dem NGO-Spektrum und zweier Einzelpersonen, die sich als ein Netzwerk für internationale Zusammenarbeit präsentieren, das mit Parteien und politischen Bewegungen aus dem Mitte-Links und Mitte-Rechts-Spektrum kooperiert und sich vor allem für eine Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen der Europäischen Union einsetzt.

Die Allianz der Unabhängigen Demokraten in Europa (ADI) repräsentiert fünf Parteien aus dem politischen Mitte-Rechts-Spektrum aus Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Polen und Tschechien.

Weiterführende Literatur

Armbrecht, Stefanie: Politische Parteien im europäischen Verfassungsverbund. Neue Impulse durch die VO (EG) Nr. 2004/2003, Baden-Baden 2008.

Day, Stephan/Shaw, Jo: Transnational political parties and the European Constitution, Oxford 2007.

Hanley, David L.: Beyond the nation state: parties in the era of European integration, Basingstoke 2008.